

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Washington

**THINK TANK UPDATE**  
**JANUAR / FEBRUAR 2005**

**Beginn der zweiten Amtszeit von George W. Bush:  
Die Lage der Nation**

**Friedensprozeß im Nahen Osten**

**Iran: carrots and sticks?**

**What's New?**

Dr. Norbert Wagner  
Caroline Kanter

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington  
20005 Massachusetts Avenue, NW  
Washington, DC 20036  
USA

Tel. +1 202 464-5840  
Fax. +1 202 464-5848  
office@kasusa.org  
www.kasusa.org

## **Beginn der zweiten Amtszeit von George W. Bush: Die Lage der Nation**

Nach der zweiten Amtseinführung von Präsident George W. Bush und Vizepräsident Richard Cheney am 22. Januar erwartete man mit Spannung die „State of the Union“, die Ansprache des Präsidenten zur Lage der Nation. Nachdem Thomas Jefferson die Tradition der öffentlichwirksamen Rede des Präsidenten vor dem US-Kongreß, damals noch „President’s Annual Speech“ genannt, als einen „zu monarchischen Akt“ abtat und es bevorzugte, in schriftlicher Form die Kongreßmitglieder zu informieren, ließ nach 112 Jahren Woodrow Wilson im Jahre 1913 die Tradition wieder aufleben. Franklin D. Roosevelt war der erste Präsident, der diese Ansprache als „State of the Union“ bezeichnete. Am 2. Februar 2005 versammelten sich also die Mitglieder des neugewählten Kongresses und die Kabinettsmitglieder, um von Präsident Bush zu erfahren, welche politischen Schwerpunkte er im Jahr 2005 setzen wird.

Die Tatsache, daß Bushs langjährige persönliche Beraterin, Karen Hughes, nicht in Washington weilte, um den Präsidenten im Vorfeld der Rede zu „coachen“ wurde von der Presse als Indiz dafür genommen, daß die diesjährige Ansprache für die Administration keinen zentralen Stellenwert einnehmen würde, anders als in den vergangenen drei Jahren, wo im Jahr 2002 Bush über die „Achse des Bösen“ sprach, im Jahr 2003 er die Nation auf den Krieg mit Irak vorbereitete und im Jahr 2004 die Rede den Schwerpunkt seiner Wiederwahlkampagne - nationale Sicherheit - vorstellte. „If it were big, Karen would be there“, so ein Vertrauter des Weißen Hauses.

Präsident Bush kann sich über die Reaktion der Bevölkerung auf seine Ansprache freuen: 86% der Befragten reagierten sehr positiv, bzw. positiv auf seine Ausführungen. Das sind die besten Umfragedaten für Bush nach einer State of the Union address seit seiner Rede im Jahr 2002, also unmittelbar nach den Terroranschlägen des 11. September.

Der Schwerpunkt der diesjährigen Ansprache lag eindeutig auf der Reform des amerikanischen Sozialversicherungsystems, in der Präsident Bush den Vorschlag unterbreitete, die staatliche Rentenversicherung teilweise zu privatisieren. Außenpolitisch ging er vor allem auf die Situation im Irak, den Friedensprozeß im Nahen Osten und den Iran ein. James Phillips und James Jay Carafano von der Heritage Foundation fanden lobende Worte für Bushs State of the Union Address, in der ihrer Ansicht nach ein konsistenter Ansatz zur Außen- und Sicherheitspolitik der Bush-Administration dargelegt wurde. So machte die Ansprache deutlich, daß der US-Präsident bereit ist, die strategischen Herausforderungen anzunehmen und die begonnenen Aufgaben der ersten Amtszeit erfolgreich zu Ende zu bringen. Sie weisen jedoch auch darauf hin, daß Bush sich eine mutige und ambitionierte Agenda für seine zweite Amtszeit zusammengestellt hat, die ein hochgestecktes Ziel – die Beendigung von Tyrannei in der Welt – verfolgt. In diesem Zusammenhang machen die beiden Experten darauf aufmerksam, daß George W. Bush zwar eine Vision mit moralischer Klarheit dargelegt hat, daß jedoch kein konkreter Plan für die

Erreichung dieses Zieles vorgestellt wurde. Die von Präsident Bush in seiner Rede aufgegriffenen Themen spiegeln die gegenwärtig größten außenpolitischen Herausforderungen der USA wider und werden somit auch von der Think Tank-Gemeinde heftig diskutiert.

### **Friedensprozeß im Nahen Osten**

Ein besonderes Augenmerk wird auf die Entwicklung im Nahen Osten gelegt. Die Think Tank-Gemeinde ist sich einig, daß gegenwärtig eine neue Chance zum Frieden für die Konfliktparteien existiert, und es wird kräftig über die Rolle der USA in dem Prozeß debattiert.

Martin Indyk, ehemaliger US-Botschafter in Israel und Assistant Secretary of State for Near Eastern Affairs in der Clinton-Administration, derzeit Leiter des Saban Center for Middle East Policy der Brookings Institution, äußert sich vorsichtig optimistisch über die Aussichten im Nahen Osten. Indyk unterbreitet vier Aspekte, die aus seiner Sicht die gegenwärtige Ausgangslage für Verhandlungen von der Vergangenheit unterscheiden und Grund für Optimismus bieten:

- Die neue Führung der Palästinenser: Mahmoud Abbas ist von den Palästinensern gewählt worden mit dem Mandat, die Gewalt zu beenden und neue Verhandlungen zu beginnen. Indyk verweist darauf, daß Abbas in den letzten vier Jahren konsistent seine Opposition gegen Gewalt und Terror kundgetan hat und die Palästinenser ihn, die nun von den Auseinandersetzungen erschöpft sind und zur Normalität zurückkehren wollen, als ihren Führer gewählt haben. Außerdem sind Ariel Sharon und George W. Bush bereit, sich auf Verhandlungen mit Abbas einzulassen. Im Gegensatz zu ihrer Einstellung gegenüber Arafat sind sie nun bereit, der neuen Führung zu vertrauen und für Gespräche offen.
- Sharons Position: Durch die Koalition mit der Labor Partei genießt Sharon die Unterstützung des gesamten politischen Spektrums. Das unterscheidet ihn von seinen Vorgängern. Ähnlich wie die Palästinenser, ist auch die israelische Bevölkerung erschöpft von den Auseinandersetzungen und eine Mehrheit der Israelis unterstützt Sharons Abzugspläne im Gazastreifen und der West Bank.
- Die arabischen Nachbarn: Nicht nur die Amerikaner und die Israelis zweifelten an Arafats Führungsstil, sondern auch die arabischen Staatsoberhäupter mißtrauten ihm. Sie signalisieren nun die Bereitschaft, sich für den Frieden im Nahen Osten zu engagieren. Indyk ist der Ansicht, daß die arabischen Staaten eine Lösung in dem Konflikt herbeisehnen und auch bereit sind, den Staat Israel anzuerkennen.

- Die Haltung von Präsident Bush: Nach Einschätzungen von Martin Indyk gibt es zwei Gründe für ein stärkeres Engagement von Präsident Bush: zum einen die neue Führung der Palästinenser, zum anderen möchte Bush, so Indyk, im Nahen Osten nicht nur als Kriegsmacher, sondern auch als Friedensschaffer auftreten.

Martin Indyk betont, daß es wichtig sei, daß sich der unilaterale Abzugsplan der Israelis im Gaza zu einem Prozeß entwickelt, in dem Mahmoud Abbas involviert wird und die Verantwortung für die Beendigung von Terror und Gewalt übernimmt.

Der Bush-Regierung rät er, sich durch die Entsendung der Außenministerin oder eines ebenso hochangesehenen Gesandten bei den Verhandlungen stärker zu engagieren. Er spricht sich außerdem für die Erstellung eines Planes der Bush-Regierung aus, der zu Beginn der Verhandlungen den beiden Verhandlungspartnern dargelegt werden soll. Diese "Bush Principles" sollen als Orientierung für die Gespräche dienen und wichtige Punkte beinhalten, die in einem Abkommen berücksichtigt werden sollten, wie z. B. die Zweistaatenlösung, die Beendigung der Besatzung von 1967 und die Lösung der palästinensischen Flüchtlingsfrage.

[http://www.cfr.org/pub7778/martin\\_s\\_indyk\\_bernard\\_gwertzman/indyk\\_bush\\_should\\_appoint\\_highlevel\\_mediator\\_for\\_israelipalestinian\\_talks\\_and\\_issue\\_principles\\_for\\_eventual\\_settlement.php](http://www.cfr.org/pub7778/martin_s_indyk_bernard_gwertzman/indyk_bush_should_appoint_highlevel_mediator_for_israelipalestinian_talks_and_issue_principles_for_eventual_settlement.php)

Aaron Miller, President des Think Tanks Seeds of Peace und ehemaliger Diplomat im US-Außenministerium, identifiziert fünf Punkte, welche die US-Administration seiner Ansicht nach bei ihrer Vermittlerrolle im Nahostkonflikt beherzigen sollte. Er ist der Ansicht, daß die Verhandlungen nur zum Erfolg führen können, wenn der US-Präsident sie ganz oben auf seine Prioritätenliste setzt. Bush muß deutlich machen, daß dieses Thema einen hohen Stellenwert auf seiner Agenda einnimmt. Und Miller pflichtet Martin Indyk bei, indem er dazu aufruft, einen hochrangigen Sondergesandten für die Verhandlungen zu benennen, der sich ausschließlich mit dieser Thematik befassen soll. Darüber hinaus warnt er die Verhandlungsführer davor, die Stimmung und das Verhalten der Bevölkerung zu ignorieren. Diesen Fehler habe die Clinton-Administration begangen. Die Duldung von Gewalt und Terror sowie die Siedlungsaktivitäten könne man nicht außen vorlassen, so Miller. In seiner dritten Empfehlung warnt er die USA davor, ihre eigene Politik und Position aufzugeben. Seiner Ansicht nach haben die US-Verhandlungsführer in der Vergangenheit die Kontrolle über ihre Taktik und Strategie zugunsten der Israelis abgegeben. Er ruft zu Neutralität und Standfestigkeit auf. Außerdem sollten sich die Parteien zum einen vor einem vorläufigen Abkommen hüten, zum anderen aber auch das Risiko für eine übereilte Lösung des Konfliktes im Auge behalten. Die Verhandlungspartner müßten sich an ihrem Erfolg messen lassen. Die erfolgreichste Strategie für die Amerikaner beinhalte eine Mischung aus Einfühlungsvermögen, Vertrauen und einem gewissen Maß an Stärke.

[http://www.cfr.org/pub7778/martin\\_s\\_indyk\\_bernard\\_gwertzman/indyk\\_bush\\_should\\_appoint\\_highlevel\\_mediator\\_for\\_israelipalestinian\\_talks\\_and\\_issue\\_principles\\_for\\_eventual\\_settlement.php](http://www.cfr.org/pub7778/martin_s_indyk_bernard_gwertzman/indyk_bush_should_appoint_highlevel_mediator_for_israelipalestinian_talks_and_issue_principles_for_eventual_settlement.php)

Richard, Haass, President des Council on Foreign Relations und ehemaliger Director of Policy Planning im US-Außenministerium, ruft die US-Regierung dazu auf, die Gelegenheit beim Schopfe zu packen und sich im Nahen Osten zu engagieren. In seinem Artikel *Let's Seize Opportunity While We Can* macht Haass sich dafür stark, die in der Vergangenheit vertanen und verlorenen Chancen, Frieden in die Region zu bringen, hinter sich zu lassen und die gegenwärtig existierende „opportunity“ in „reality“ umzuwandeln. Er beschreibt, daß dies bedeute, daß Israelis und Palästinenser Zugeständnisse machen müßten und ruft die US-Administration zu verantwortungsvollen Handeln auf.

[http://www.cfr.org/pub7734/richard\\_n\\_haass/lets\\_seize\\_opportunity\\_while\\_we\\_can.php](http://www.cfr.org/pub7734/richard_n_haass/lets_seize_opportunity_while_we_can.php)

Senator Chuck Hagel betonte in einer Ansprache bei der National Conference of the World Affairs Councils of America den Stellenwert, den das transatlantische Verhältnis bei der Lösung des Nahostkonfliktes hat: „The future of the Middle East is also the future of the Transatlantic Alliance“, so Hagel. Dem pflichtet James Lindsay, Director of Studies beim Council on Foreign Relations bei und verweist darauf, daß die Friedensbemühungen zwischen Israel und Palästina einer der Bereiche ist, wo eine Annäherung zwischen Europäern und Amerikanern möglich ist, da beide Seiten ein gemeinsames Interesse vertreten.

Ansonsten sieht er ein strukturelles Problem in den transatlantischen Beziehungen. Bei den Themen, die ganz oben auf der Agenda der Europäer stehen, wie das Kyoto-Protokoll, der Internationale Gerichtshof und der starke Dollar, sieht er keine Annäherung von seiten der Bush-Administration.

[http://www.cfr.org/pub7719/james\\_m\\_lindsay\\_bernard\\_gwertzman/lindsay\\_bush\\_sees\\_israelipalestinian\\_progress\\_as\\_way\\_to\\_improve\\_european\\_and\\_mideast\\_ties.php](http://www.cfr.org/pub7719/james_m_lindsay_bernard_gwertzman/lindsay_bush_sees_israelipalestinian_progress_as_way_to_improve_european_and_mideast_ties.php)

Die Carnegie Endowment for International Peace hat mit der im Januar erschienenen Publikation „Uncharted Journey: Promoting Democracy in the Middle East“ eine brandaktuelle und interessante Artikelsammlung zum Nahen Osten herausgebracht. Im ersten Teil wird der Stand der aktuellen politischen Lage in den arabischen Staaten im Überblick analysiert, um im zweiten und dritten Teil neue und teilweise provokative Vorschläge für die Demokratieförderung in der Region zu unterbreiten. Die Herausgeber, Thomas Carothers, Director of the Democracy and Role of Law Project und Marina Ottaway, Senior Associate (beide Carnegie Endowment for International Peace), sowie die anderen Autoren identifizieren produktive Schritte und neue

Maßnahmen zur Stärkung und Förderung der Demokratie im Nahen Osten, ohne dabei unrealistisch optimistisch oder zu pessimistisch zu sein.

<http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=15987>

### **Iran: carrots and sticks?**

Kenneth Pollack, Director of Research, Saban Center for Middle East Policy, Brookings Institution, ist einer der führenden Iranexperten in Washingtons Think Tank-Szene. Seit seiner Zeit als CIA Analyst und Director for Near East and South Asian Affairs im National Security Council in der Clinton-Administration befaßt er sich mit dem Iran und seinen Nachbarstaaten. Während er mit seinem Bestseller im Jahr 2002 *The Threatening Storm* für viel Wirbel sorgte und eine Reihe von liberalen Entscheidungsträgern und Bürger zu überzeugen versuchte, daß ein militärisches Vorgehen gegen den Irak unter bestimmten Voraussetzungen sinnvoll sei, äußert er sich über den Umgang mit dem Iran eher zurückhaltend. In seinem neuen Buch *The Persian Puzzle : The Conflict Between Iran and America* erläutert er die Gefahr, die Irans Besitz von Kernwaffen für die Region und die internationale Staatengemeinschaft darstellt. Er weist jedoch darauf hin, daß ein militärisches Vorgehen aus strategischen, technischen und politischen Gründen nicht sinnvoll sei. Pollack wägt verschiedene Optionen für den Umgang mit dem Iran ab (er geht dabei auch auf die europäische Initiative ein) und schlägt letztendlich den "carrot-and-stick approach" vor. Diese Option erfordert jedoch das gemeinsame Vorgehen der USA mit den Europäern. Die westlichen Staaten bieten demnach gemeinsam dem Iran wirtschaftliche Anreize an (carrot), mit der Bedingung, von der Schaffung eines Nuklearwaffensystems abzulassen. Für den Fall, daß der Iran jedoch an der Entwicklung festhält, reagiert die westliche Allianz mit harten Strafen (vorrangig Sanktionen, stick). Pollack bewertet diese Vorgehensweise als beste Alternative, er äußert sich jedoch pessimistisch hinsichtlich der Standfestigkeit der Europäer. Aufgrund seiner Erfahrungen mit europäischen Verhandlungspartnern in der Vergangenheit nimmt er an, daß europäische Wirtschaftsinteressen stärker sein werden, als das Ziel der Durchsetzung von Sanktionen. Er schlägt vor, eine Konferenz einzuberufen, um den Atomwaffensperrvertrag (Nuclear Nonproliferation Treaty) zu revidieren, in dem Sinne, daß die Unterzeichnerstaaten mit harten internationalen Sanktionen rechnen müssen, wenn sie den Vertrag nicht befolgen bzw. aufheben. Pollack ruft in seinem Buch zu schnellem Handeln auf, da es für präventive Mittel bald zu spät sein könnte. Für den Fall, daß der diplomatische Ansatz, wie von ihm unterbreitet, fehlschläge, rät er dazu, *preemptive* militärische Optionen zu überdenken. Es besteht natürlich die Möglichkeit, so Pollack, daß die internationale Staatengemeinschaft lernt, mit einem Iran zu leben, der in dem Besitz von Kernwaffen ist. Pollack weist darauf hin, daß die vergangenen 15 Jahre zeigen, daß der Iran möglicherweise davon abgehalten werden kann, die Kernwaffen wirklich einzusetzen.

<http://www.amazon.com/exec/obidos/ASIN/1400063159/102-1316194-5089733>

George Perkovich, Vice President for Studies, Carnegie Endowment for International Peace argumentiert in seinem Bericht, "Iran is not an Island: A Strategy to Mobilize the Neighbors", daß die USA die arabischen Nachbarn des Iran mobilisieren müssen, um Tehran von seinen Ambitionen, Kernwaffen herzustellen, abzubringen. Wenn wir Glück haben, so Perkovich, wird es möglich sein, durch eine Kombination aus technischen Schwierigkeiten, militärischem Vorgehen der USA und europäischer Diplomatie, die Herstellung von Kernwaffen zu verzögern. Perkovich ist allerdings davon überzeugt, daß weder eine Verzögerung noch ein Regimewechsel die Beweggründe der Iraner für Proliferation ändern. Dem Iran muß versichert werden, daß die USA die Autonomie des Iran respektieren werden, wenn es die Entwicklung von Nuklearwaffen einstellt. Und Teheran muß seinen Nachbarstaaten versichern, daß es ihre Interessen respektiert. Arabische Regierungen haben Vorbehalte, in einen regionalen Sicherheitsdialog einzusteigen, und begründen dies mit der „Doppelmoral“, die Washington hinsichtlich des Umgangs mit Israels Kernwaffenarsenal und dem Umgang mit den Palästinensern fährt. Um alle internationalen Akteure, die die iranische Nuklearwaffenentwicklung ablehnen, mobilisieren zu können, müssen die USA erkennen, daß Irans Proliferation, die Sicherheit im persischen Golf, die Rolle der USA im Nahen Osten, Israels Besitz von Kernwaffen und die Beziehungen zwischen Israel und den Palästinensern alle miteinander verbunden sind und nicht gelöst werden können, wenn die USA nicht eine ausgewogenere Einstellung annimmt, meint Perkovich.

<http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=16463>

### **What's New?:**

#### **Neuer Pakt zwischen den USA und Europa**

Während Bush sich für seine Reise nach Europa, in der er versuchen wird, das Verhältnis zu den Europäischen Partnern zu flicken, vorbereitet hat, haben 50 amerikanische und europäische außen- und sicherheitspolitische Experten den 'Compact between the United States and Europe' unterschrieben, als Beleg dafür, daß eine gemeinsame umfassende Strategie entworfen werden kann, um den gemeinsamen Herausforderungen gegenüberzutreten. Der 11-seitige *Compact*, der in Form eines Abkommens zwischen Regierungen geschrieben ist, bietet spezifische politische Ansätze im Umgang mit dem Iran, den Friedensverhandlungen im Mittleren Osten, den Genfer Konventionen, Afghanistan, den transatlantischen Beziehungen, den Entwicklungsländern, dem Sudan und den Vereinten Nationen.

<http://www.brookings.edu/fp/cuse/analysis/USEUCompact.pdf>

## **Neues Vorstandsmitglied bei der New America Foundation**

Christine Todd Whitman wird Mitglied des Vorstands der New America Foundation. Als erste Frau diente sie im Bundesstaat New Jersey als Gouverneurin bevor sie als EPA Administrator Kabinettsmitglied der Bush-Regierung wurde. Sie zählt zu den moderaten Kräften der republikanischen Partei und plädiert seit vielen Jahren für pragmatische Ansätze statt parteipolitischen Zankereien. Zeitgleich erscheint Whitmans neues Buch *It's My Party Too: The Battle For the Heart of the GOP and the Future of America* in dem sie die moderaten Anhänger ihrer Partei aufruft, die Zukunft ihrer der Republikaner mitzugestalten.

## **German Marshall Fund of the United States veröffentlicht Umfrageergebnisse zur öffentlichen Meinung in den USA und Europa**

Der GMF hat seine jährliche Studie über die öffentliche Meinung in Europa und den USA herausgebracht. Die diesjährige Umfrage untersucht, wie die Präsidentschaftswahlen die öffentliche Meinung in Europa und den Vereinigten Staaten beeinflusst haben. Sie kommt u. a. zu dem Schluß, daß die Wiederwahl Bushs allem Anschein nach das europäisch-amerikanische Verhältnis aus der Sicht der Bevölkerungen nicht zusätzlich belastet hat. Darüber hinaus sind sich Amerikaner, Franzosen und Deutsche einig, daß die USA zukünftig mehr Diplomatie anstatt militärischer Mittel einsetzen müsse, um das Verhältnis zu verbessern. Den Umfragen nach zu urteilen, unterstreichen beide Seiten des Atlantiks die Bedeutung der Vereinten Nationen mit der Begründung, daß Probleme nicht von einem Staat allein gelöst werden können.

<http://www.transatlantictrends.org/>